

50 Millionen € für den Klimaschutz

Aufschwung bringt mehr Steuereinnahmen – aber auch mehr CO₂

**Pressekonferenz der Grünen im Landtag am 09.05.2007 mit
Franz Untersteller MdL, energiepolitischer Sprecher und
Oswald Metzger MdL, finanzpolitischer Sprecher**

Nachhaltigkeit nur mit mehr Klimaschutz

Der Konjunkturaufschwung lässt die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand kräftig sprudeln. Von den geschätzten Mehreinnahmen für Baden-Württemberg von 1 Mrd. € jeweils in den Jahren 2007 und 2008 wollen die Landesregierung und die Regierungsfractionen einen Teil in neue Ausgaben stecken, und auch für die Jahre 2009 bis 2011 planen sie weitere Mehrausgaben.

Der Klimaschutz als elementare Aufgabe unseres Landes existiert im schwarz-gelben Ausgabenpaket nicht.

Dabei hatte Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung vom 21. Juni 2006 angekündigt: *„Unsere Kinder und zukünftige Generationen sollen in einem attraktiven, lebenswerten Land, in einer stabilen Gesellschaft und in einer intakten Umwelt leben können. (..) Eine zentrale Herausforderung für eine nachhaltige Politik ist der Klimaschutz.“*

Mit ihrer Entscheidung über die Verwendung der Steuermehreinnahmen haben der Ministerpräsident ebenso wie die Umweltministerin und die Regierungsfractionen bewiesen, dass ökologische Nachhaltigkeit für sie keinen wirklichen Stellenwert hat.

Wir dürfen unseren Wohlstand nicht auf Kosten der nach uns kommenden Generationen mehren. Einerseits ist es deshalb unsere Pflicht, den Haushalt zu konsolidieren. Unsere Verpflichtung zur nachhaltigen Politik verlangt zugleich aber mehr Engagement beim drängendsten Problem unserer Zeit: dem Klimaschutz. Da der Wirtschaftsaufschwung und die damit einhergehenden zusätzlichen Steuereinnahmen mit erhöhten CO₂-Emissionen "bezahlt" werden, sind zusätzliche Maßnahmen zum Schutz des Klimas notwendig.

Die Herausforderung

Drei Monate ist es mittlerweile her, dass der Weltklimarat (IPCC) seinen Statusbericht über die möglichen Folgen einer globalen Klimaerwärmung vorgelegt hat. Die Ergebnisse erschütterten die Weltgemeinschaft: Die Erwärmung unseres Planeten – so die Kernaussagen des Berichts – lässt sich nicht mehr aufhalten, sie lässt sich nur noch begrenzen. Würde es gelingen, bis 2050 den Ausstoß der Treibhausgase global um 50% (in den Industrieländern um 80%) zu reduzieren, dann könnte die Erwärmung auf zusätzlich 2°C begrenzt werden. Dies wiederum wäre die Voraussetzung

zung dafür, die Folgen des Klimawandels einigermaßen beherrschbar zu halten. Laut des Anfang Mai nun vorgelegten Maßnahmenteils zu seinem Bericht räumt der Weltklimarat der Politik ganze 8 Jahre Zeit ein, um das Ruder in Sachen Treibhausgase herumzureißen und den CO₂-Anstieg zu stoppen.

Die Reaktion der Politik

Mitte März haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs in der Folge des IPCC-Berichts darauf verständigt, die CO₂-Emissionen in Europa um 30% zu reduzieren, vorausgesetzt ein neues internationales Abkommen kommt zustande. Nach einem Beschluss des Bundestages müsste Deutschland dann seine CO₂-Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 40% absenken. Eine Absenkung im Umfang von 40% fordert auch der ‚Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen‘ (WBGU).

und Baden-Württemberg?

Die Landesregierung zeigt sich besorgt; Konsequenzen werden aber nicht gezogen. Ministerpräsident Oettinger und seine Umweltministerin Tanja Gönner verweisen lediglich auf das im Jahr 2005 verabschiedete, aber völlig unzureichende „Klimaschutzkonzept 2010“. Eine verschärfte Gangart ist genau so wenig vorgesehen wie die Anpassung der eigenen Klimaschutzziele. Ein ambitioniertes Maßnahmenprogramm für die klimarelevanten Bereiche Strom, Wärme und Verkehr wird weiterhin vermisst.

Das bisherige Scheitern in Zahlen und Fakten

Wie sehr das Land bislang hinter den Klimaschutzpolitischen Erfordernissen zurückbleibt, belegen folgende Zahlen und Fakten:

- **Selbstgesteckte CO₂-Minderungsziele wurden verfehlt**

Das Ziel des von der CDU/FDP-Landesregierung im Jahr 2002 verabschiedeten Umweltplans lautete: Absenkung der CO₂-Emissionen bis Ende 2005 auf unter 70 Mio. t. Fakt ist aber, dass wir nach wie vor bei rund 75 Mio. t/a liegen. Angesichts der guten Konjunktorentwicklung ist eher mit einem erneuten Anstieg als mit einer dringend notwendigen Absenkung des für 2010 anvisierten Ziels von weniger als 65 Mio. t/a zu rechnen.

- **Die Erneuerbaren sehen keine Sonne**

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien hinken wir dem Bundestrend hinterher. Ende 2006 wurden 12 Prozent der bundesweiten Stromerzeugung durch erneuerbare Energieträger abgedeckt. In Baden-Württemberg waren es hingegen lediglich 10 Prozent. Diese Zahlen wiegen umso schwerer, da das Land 1998 mit einem Anteil von 6,8 Prozent noch weit vor dem Bund mit damals 4,7 Prozent rangierte.

Statt wie andere Länder den Ausbau der erneuerbaren Energien in ihrer gesamten Breite voranzutreiben, wird deren Entwicklung hier zu Lande teilweise auch noch blockiert. Beispiel Windenergie: Mit gerade 0,47 Prozent trägt die Windenergienutzung derzeit kaum zur Stromerzeugung in Baden-Württemberg bei. Im Nachbarland Rheinland-Pfalz sind es bei ähnlichen naturräumlichen Bedingungen 6,5 Prozent und somit das 12-fache. Auch beim Ausbau der Biomassenutzung hinkt Baden-Württemberg der Entwicklung in anderen Flächenländern hinterher. Zum Jahreswechsel lag der Anteil an der bundesweit installierten Leistung bei Biogasanlagen in Bayern und Niedersachsen jeweils bei 27 Prozent, in Baden-Württemberg gerade mal bei 14 Prozent.

- **Das Land der Häuslebauer verschläft die Entwicklung**

Nordrhein-Westfalen hat bereits vor drei Jahren ein Programm aufgelegt, mit dem die Errichtung von 50 Solarsiedlungen unterstützt wird. 17 Projekte mit 1600 Wohneinheiten sind zwischenzeitlich bereits fertig gestellt. Ein ähnliches Programm sucht man im Land der Häuslebauer bislang vergeblich.

- **Von wegen Vorbildfunktion bei der Gebäudesanierung**

Unbestritten ist, dass die energetische Gebäudesanierung im Kampf gegen den Klimawandel eine herausragende Rolle spielt. Mit CO₂-Vermeidungskosten von rund 25 €/t ist sie zudem ein kostengünstiger Weg zur Reduzierung des CO₂-Aufkommens. Das Land verfügt über rund 8900 Gebäude mit einer Nutzfläche von ca. 7,5 Mio. m². Mit der energetischen Sanierung ihres Gebäudebestands würde das Land ein Zeichen setzen und seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Und es würde Kosten sparen: Die jährliche Heizungsrechnung des Landes von rund 100 Mio. € ließen drastisch reduzieren.

Und die Realität? Beispiel Karlsruhe: Von den 407 landeseigenen Gebäuden der badischen Metropole wird nicht eines mit erneuerbaren Energien beheizt. In den letzten 10 Jahren wurden ganze 19 Gebäude energetisch saniert. Wird dieses Schneckentempo fortgesetzt, bedarf es rund 200 Jahren, um den dort vorhandenen landeseigenen Gebäudebestand den Erfordernissen eines effizienten Umgangs mit Energie anzupassen.

- **Zu wenig Kohle für den Klimaschutz**

Im Landeshaushalt bildet sich die Tatsache, dass der Klimaschutz eine der zentralen Herausforderungen für unsere Zukunft darstellt, bislang nur völlig unzureichend ab. 16 Mio. € stehen nach Angaben von Ministerin Tanja Gönner im Haushalt des Umweltministeriums dieses und kommenden Jahr für Klimaschutzvorhaben zur Verfügung. Das entspricht 4 Prozent des UM-Haushaltsvolumens von rund 350 Mio. € und gerade einmal 0,4 Promille des gesamten Landeshaushalts. Die Folge dieser Politik: An sich vernünftige Ansätze wie das Programm „Klimaschutz Plus“, aus dem Kommunen sowie kleine und mittlere Unternehmen für innovative Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung bezuschusst werden (2007 4,3 Mio.

€; 2008 3,8 Mio. €) sind bereits zur Jahresmitte lœrgefegt. Mit Leertiteln lœsst sich aber kein Klimaschutz betreiben.

Auch die Berœcksichtigung der im Haushalt des Wirtschaftsministeriums veranschlagten Mittel œndert an dieser dœrftigen Bilanz nur wenig. 2,3 Mio. € stehen in diesem Jahr beispielsweise fœr die Fœrderung des gesamten Bioenergiespektrums, einschlieœlich Nahwœrmenetzen, zur Verfœgung. Damit lœsst sich der aus Klimaschutzgrœnden dringend notwendige Ausbau von Nahwœrmenetzen in Verbindung mit biomassebefeuerten BHKW bzw. Biogasanlagen kaum voranbringen. Zum Vergleich: Allein fœr die Stilllegung der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) werden in diesem und im kommenden Jahr mehr als das doppelte an Mitteln (2007 5,6 Mio. €; 2008 6,3 Mio. €) aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums bereitgestellt.

1 Mrd. Steuermehreinnahmen – und der Klimaschutz geht leer aus?

Der wirtschaftliche Aufschwung beschert dem Land mehr Geld als erhofft. Fœr dieses und kommendes Jahr wird jeweils eine Milliarde Euro mehr an Steuereinnahmen fœr Baden-Wœrttemberg erwartet. Die dringende Notwendigkeit, schnell zu handeln, sollte gewissermaœen automatisch zur œberlegung fœhren, ein Teil dieser Mehreinnahmen fœr konsequente und umfassende Klimaschutzmaœnahmen zu verwenden. Erst recht, wenn man bedenkt, dass der wirtschaftliche Aufschwung mit steigenden CO₂-Ausstœoœen erkaufte wird.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat den Klimaschutz aber œberhaupt nicht im Blick: Neben dem Startkapital fœr einen Pensionsfonds (500 Mio. €) sollen laut den aktuellen Planungen noch einmal weitere 150 Mio. € auf dann insgesamt 443 Mio. € allein fœr das Milliardenprojekt Stuttgart 21 abgezweigt werden. Hinzu kommen 100 Mio. € als Rœcklagen fœr mœgliche Einbuœen bei der Unternehmenssteuerreform und 71 Mio. € fœr die Umstellung des Landeserziehungsgeldes. Klimaschutzmaœnahmen spielen im bisherigen Konzept zur Verwendung der Steuermehreinnahmen keinerlei Rolle. Im Gegenteil – fœr den Straœenbau werden 2008 und 2009 jeweils weitere 15 Mio. € aus den Steuermehreinnahmen bereitgestellt.

Den Klimaschutz zum Markenzeichen einer modernen Industrieregion machen - Vorschlœge fœr ein 50 Mio. €-Klimaschutzpaket

Die erforderliche drastische Absenkung der CO₂-Emissionen stellt insbesondere die Industrielœnder mit ihrem immensen Energieverbrauch in den kommenden Jahren vor enormen Herausforderungen. Neben dem direkten Beitrag zur Absenkung der Treibhausgase geht es auch darum, Vorbild fœr andere zu sein. Gerade reiche Industrieregionen wie Baden-Wœrttemberg mœssen zeigen, dass Wohlstand und Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit konsequentem Klimaschutz durch Energieeffizienz, Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien gehen kœnnen. Nur dann wird es gelingen, die dringend notwendigen Kurskorrekturen beim Umgang mit Energie in prosperierenden Schwellenlœndern wie China, Indien und andere positiv zu beeinflussen. Fœr eine Technologieregion wie Baden-Wœrttemberg stecken in einer solchen Strategie zudem enorme wirtschaftliche Chancen. Die globalen Mœrkte fœr Effizienztechnologien und alle Arten von Techniken zur effizienten Nutzung er-

neuerbarer Energien gehören nach Expertenmeinung zu den dynamischsten Wachstumsmärkten. Die Entwicklung und Anwendung derartiger Technologien vor der eigenen Haustür ist aber Grundvoraussetzung dafür, um von diesem globalen Wachstumspotenzial als Exportland in größerem Umfang zu profitieren.

Mit der Verwendung von je 50 Mio. € aus den für dieses und das kommende Jahr prognostizierten Steuermehreinnahmen des Landes von rund 1 Mrd. € wollen wir den Klimaschutz in Baden-Württemberg voranbringen und damit im oben beschriebenen Sinne zugleich einen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts leisten.

Einsetzen wollen wir die Mittel unter anderem für folgende Schwerpunkte:

- **100 Niedrigenergiegebäude im Bestand - energetische Sanierung von landeseigenen Gebäuden**

Als neues Teilprogramm der energetischen Sanierung landeseigener Gebäude sollen pro Stadt- und Landkreis mindestens je zwei landeseigene Gebäude aus dem Bestand in Richtung Niedrigenergiestandard (Energieeinspareffekt ca. 80 Prozent) saniert werden.

- **Passiv- und Nullenergiehäuser beim Neubau zum Standard machen**

Mit einem neuen Programm „Solares Bauen“ wollen wir das Land der „Häuslebauer“ bundesweit zur Nummer Eins beim solaren Bauen machen. In jedem der vier Regierungsbezirke wollen wir bis 2012 im Rahmen eines Wettbewerbs mindestens je zwei mit Landesmitteln geförderte Solarsiedlungen errichten.

- **Mauenheim könnte überall sein**

Seit Herbst letzten Jahres wird in der bei Tuttlingen gelegenen Gemeinde Mauenheim bewiesen, dass es möglich ist, ganze Kommunen zu 100 Prozent mit regenerativer Energie zu versorgen. Eine Biogasanlage sowie eine benachbarte Holzhackschnitzelanlage sorgen, in Verbindung mit einem neu errichteten Nahwärmenetz, für eine komplette regenerative Strom- und Wärmeversorgung der Kommune. Mittels einer verbesserten Förderung für die Errichtung von Nahwärmenetzen wollen wir Projekte dieser Art auch in anderen Teilen des ländlichen Raums voranbringen.

- **Wärmenutzung aus Abwasserkanälen**

Bei der Nutzung der regenerativen Energien konzentrieren sich die Aktivitäten bislang vor allem auf die Nutzung der Wasserkraft sowie von Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie. Dass aber unter unseren Füßen in den weit verzweigten Abwasserkanälen ebenfalls eine interessante Energiequelle schlummert, ist bislang kaum bekannt und noch weniger genutzt.

Die Wärme aus häuslichen und gewerblichen Abwässern fließt bislang ungenutzt durch unsere Abwasserkanäle in Richtung Kläranlage. Experten gehen davon aus, dass die hier vorhandene Wärme theoretisch ausreichen würde, um jede zehnte Gebäudeheizung zu versorgen. Erfahrungen aus der Schweiz belegen, dass dank Temperaturen, die sich auch im Winter beim Abwasser zwischen 10°C und 15°C bewegen, mit dem Einsatz von Abwasserwärme pumpen eine sehr positive Primärenergie- und CO₂-Bilanz erreicht werden kann.

Mit einem zeitlich befristeten Förderprogramm „Klimaschutz aus Abwasserkanälen“ wollen die Realisierung und die wissenschaftliche Begleitung von je 5 Projekten pro Regierungsbezirk seitens des Landes unterstützen.

- **Effizienter mit Kraft-Wärme-Kopplung**

Bis zu 20% des Stroms in Baden-Württemberg könnte laut einem schon im Jahr 2002 für die Landesregierung erstellten Gutachten durch hocheffiziente und dadurch CO₂-sparende Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erzeugt werden.

In einem neuen Kraft-Wärme-Kopplungs-Ausbauprogramms werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass dieses Potenzial gehoben wird. Dazu werden vor allem die Förderung von Blockheizkraftwerken (BHKW) ausgebaut, die Errichtung von Nahwärmenetzen besonders im Altbaubestand verstärkt gefördert und Demonstrationsvorhaben für innovative KWK-Lösungen (z.B. Klein-BHKW mit Sterlingmotoren) unterstützt.

- **Zurück in die Zukunft: Regionalzüge wieder einsetzen**

Am 10. Juni macht Baden-Württemberg den Schritt in die Vergangenheit: Mit dem Sommerfahrplan wird der klimafreundlichere regionale Schienenverkehr zurückgebaut. Viele bisher vollbesetzte Züge werden gestrichen und die Berufspendler zurück auf die Straße getrieben.

Das können wir verhindern: Das Land finanziert schon zum Winterfahrplan den erneuten Betrieb der gestrichenen Verbindungen; angesichts der Notwendigkeit zur CO₂-Reduzierung ein Weg zurück in die Zukunft.

Stuttgart, 9.5.2007